

vierteljährlich 8 Mark 70 Pf., halbjährlich 16 Mark, jährlich 32 Mark. Die Einzelnummer des Blattes kostet 15 Pf. Aufgebotspreis 10 Pf. Bei Abbestellungen auf mehrere Exemplare Rabatt. Bei gerichtl. Eintreibung des Abbestellungspreises keine Haftung.

Gründet 1877.



Die heutige Zeit... Der Abbestellungspreis... Bei Abbestellungen auf mehrere Exemplare Rabatt. Bei gerichtl. Eintreibung des Abbestellungspreises keine Haftung.

Verantwortl. Hr.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 129 Druck und Verlag in Altensteig. Samstag, den 5. Juni Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Die Wahlen.

Die Wahlen stehen vor der Tür. Fieberhaft wird von den Parteien gearbeitet, jetzt soll ja die Entscheidung fallen, wie die Geschichte des Reichs und des deutschen Volks sich in Zukunft gestalten werden. So wird in allen Flugblättern und in allen Wahlreden behauptet. Es ist etwas Wahres daran, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Die Fragen, ob Monarchie oder Republik, Parlamentarismus, Konstitution, Diktatur, Klassenherrschaft, ob Sozialismus oder freie Wirtschaft die Lebensformen sein werden, können natürlich nicht von dem Ausgang einer einzigen Wahlhandlung für alle Zeiten und auch nur für eine längere Zeit entschieden werden. Aber das ist gewiss richtig, daß die Abstimmung am 3. Juni ein weit klareres Bild der wirklichen Volksmeinung geben wird, als die Wahlen vom 19. Januar 1919, die sich noch ganz unter dem Eindruck des Zusammenbruchs und inmitten des allgemeinen politischen Chaos im Reich vollzogen, in einer Zeit, da alle Bande gelöst schienen und Freund den Freund nicht mehr kannte. Vieles haben wir seitdem erfahren und gelernt, manche Enttäuschung erlebt, aber auch manche Tat des aufbauenden Willens gesehen. Dies alles wird bis zu einem gewissen Grad seinen Niederschlag in der Wahlurne finden. Deshalb sind die jetzigen Wahlen allerdings von so großer Bedeutung und deshalb ist es so wichtig, daß alle ihr Wahlrecht auch als ihre Wahlpflicht betrachten. Es ist geradezu beschämend, daß in so ernster Zeit es noch so viele, namentlich im Bürgertum gibt, die der Pflicht der Stimmabgabe gleichgültig, wo nicht ablehnend gegenüberstehen, sei es aus Bequemlichkeit — die in diesem Fall unverzeihlich ist —, sei es aus Abneigung gegen die bestehenden Verhältnisse oder aus anderen Gründen. Es ist unverständlich, wie es Leute geben kann, die sagen: „Auf meine Stimme kommt es doch nicht an!“ Ei freilich, auf jede Stimme kommt es an, und die Stimmzettel, die auf solche Weise weggelassen, würden in vielen Fällen gerade die Entscheidung bringen. Darum soll jeder seine Stimme abgeben, oder er verdient das Staatsbürgerrecht des Wählenden nicht, das Ehrenrecht, das aus guten moralischen Gründen vom Gericht den Verbrechern abgesprochen werden kann.

Am 30. Mai haben in dem früheren Herzogtum Gotha die Landtagswahlen stattgefunden. Es ist nur noch ein kleiner Teil in dem jetzigen Thüringischen Staatenbund, nachdem die andere Hälfte des Herzogtums, Koburg, durch die in die Wege geleitete Angliederung an Bayern vom Stammland losgelöst ist. Das heißt, so weit ist es noch nicht. Gerade als die Vereinigung mit dem sich mehrwärtigerweise wie von selbst vermehrenden Bayern — bekanntlich wollen sich auch die Tiroler an das ihnen stammverwandte Bayern anschließen, wenn auch zunächst nur „wirtschaftlich“ — vollzogen werden sollte, machte sich in Koburg, das geschichtlich eben doch zu Thüringen, wirtschaftlich allerdings zu dem Frankenland gehört, eine Strömung dagegen geltend und so sollen die Landtagswahlen in Koburg abgewartet werden, die möglicherweise einen ähnlichen Umschwung bringen könnten wie in Gotha. Hier hatten die Unabhängigen Sozialdemokraten seit den vorjährigen Wahlen von den 19 Seiten des Landtags 10 inne, sie besaßen also allein die Mehrheit. Durch die Wahlen vom 30. Mai 1920 ist nun aber die Mehrheit auf die bürgerlichen Parteien übergegangen und es erhielten Sitze: der Bauernbund 5 (bisher 1), die Deutsche (nationalliberale) Volkspartei 3 (3), die Deutschnationalen Volkspartei 1 (0), die demokratische Partei 1 (4), die Reichsheitssozialdemokratie 0 (1), die Unabhängigen Sozialdemokraten 9 (10). Wie man sieht, können Wahlmehrheiten oft rasch wechseln.

Die Generale beim Reichswehrminister.

Berlin, 4. Juni. Der Reichswehrminister hat gestern sämtliche Generale zu einer Aussprache über alle schwebenden Fragen im Reichswehrministerium versammelt. Dr. Geßler betonte, daß der Kapp-Putsch die Reichswehr in den Mittelpunkt aller Erörterungen gestellt habe. Der Regierung liege daran, von der Reichswehr den Schutz der Verfassung gewährleistet zu wissen. Der größte Teil des Offizierskorps sei in den Anschauungen der früheren Staatsform erzogen, und es unterliege keinem Zweifel, daß es gerade für charaktervolle Männer schwer sei, sich ohne inneren Kampf in die neue Zeit zu finden. Niemand könne aber ein öffentliches Amt bekleiden, der

nicht bereit sei, unter allen Umständen seine dem Staat gegenüber übernommenen Pflichten zu tun. Die Reichswehr dürfe im Volk nicht als Fremdkörper empfunden werden, und vom Volk sei zu verlangen, daß es die schwierige Lage seiner Wehrmacht gerecht beurteile. Gleichzeitig müßten die Angehörigen der Wehrmacht bestreben, auch ihrerseits den Weg zu ihren Mitbürgern zu suchen. Immer wieder sei ihm bei seinen Besuchen bei den Truppen am stärksten das Gefühl wirtschaftlicher Unsicherheit bei diesen in Erscheinung getreten. Wenn wie in der Wehrmacht zu geordneten Verhältnissen gelangen wollten, so müsse dieser Unsicherheit ein Ende bereitet werden. Dies könne aber nicht geschehen, wenn wir nicht wüßten, ob wir das 200 000-Mann-Deer behalten würden. Darüber sollte in Spa entschieden werden.

Der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, richtete an den ebenfalls anwesenden Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Unser aller Ziel ist klar, es ist die Gesundung und Wiederherstellung unseres Vaterlands, wozu uns Ordnung und Arbeit führen müssen. Eine junge neue Wehrmacht herzustellen, sei die Aufgabe der Offiziere. Manches sei erreicht, vieles bleibe aber noch zu tun. Wir bedürfen für unsere Arbeit des Vertrauens und des Verständnisses weiter Kreise des gesamten Volks, seiner Vertretung und der Regierung. Wenn wir um dieses Vertrauen und der geben wir dafür als Pfand die Versicherung unserer entschlossenen Treue zu der beschworenen Verpflichtung auf Gesetz und Verfassung.

Der Reichspräsident dankte dem General und betonte, daß unbedingte Verfassungstreue gut disziplinierter und von pflichtbewußten Offizieren geführter Truppen in Zeiten der Gärung und der Entwicklung notwendig sei. Die erste Voraussetzung für die Wiederbelebung und Erhaltung des Vaterlands sei die Erhaltung der Ruhe im Innern.

Neues vom Tage.

Arbeitsgesetzbuch.
Berlin, 4. Juni. Der Ausschuss zur Endbearbeitung des Entwurfs eines Arbeitsgesetzbuchs ist am 28. und 29. Mai im Reichsarbeitsministerium zu Beratungen zusammengetreten. In Bearbeitung sind insbesondere die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes, eines Himmelsarbeitsgesetzes, eines Hausdienstgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes.

Wahlstandal.
Berlin, 4. Juni. Der „Lokalanzeiger“ meldet, wie in Reuphorf ein Standal erwartet, weil der Präsidentschaftskandidat General Wood für seinen Wahlsieg angeblich einen Betrag von einer halben Million Dollar angenommen hat, was als Bestechung betrachtet wird.

Streit auf den thüringischen Bahnen.
Berlin, 4. Juni. Nach dem „Lokalanzeiger“ stößt infolge des Streiks auf den thüringischen Bahnen die Kohlenzufuhr in den Fabriken in Blankenhain dertart, daß sie demnächst ihren Betrieb schließen müssen. Ebenso müssen die Fabriken und Kalibergwerke in Buttstädt und Rastenberg ihre Arbeiter infolge des Kohlenmangels entlassen.

Die Welfenfrage.
Berlin, 4. Juni. In einer sozialdemokratischen Welferverammlung in Goslar erzählte der Präsident der preussischen Landesversammlung, Oberbürgermeister von Hannover Leinert (Soz.), wie die „Magdeburger Zeitung“ berichtet: Im Jahr 1918 habe der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden erklärt, Preußen könne sich nach Osten (Litauen, Baltikum) ausdehnen; es sei deshalb seine (des Reichskanzlers) erste und heiligste Aufgabe, Hannover wieder herzustellen und seinen Schwiegervater, den Herzog von Cumberland (Vater des Herzogs von Braunschweig, des Schwiegersohns des Kaisers) als regierenden König nach Hannover zu bringen. Das Einverständnis des Kaisers sei schon so gut wie sicher gewesen. (Von der Wiederherstellung des welfischen Königshauses sprach man allerdings schon vor mehr als zwei Jahren. Ob Prinz Max von Baden die ihm von Weizsäcker zugeschriebene Rolle spielte, ist eine andere Frage. Es dürfte wohl eine Lösung von unterrichteter Seite erfolgen.)

Krieg im Oken.
Konstantinopel, 4. Juni. Der englische Nachrichtenbureau erhält aus Teheran die Meldung, daß die Räte

regierung ihren Truppen in Persien Befehl gegeben habe, Persien zu räumen. Die Truppen vor Mescht seien nach Enzeli zurückgeführt. Im Nordwesten Persiens haben die Russen noch keine Verbindung mit Moskau erhalten, so daß sie in der Richtung Tabriz weiterziehen. Die englische Kavallerie habe Teheran wieder besetzt. Die persische Regierung werde dort ebenfalls wieder erwartet.

Trennung im Beamtenbund.
Berlin, 4. Juni. Der Bund höherer Beamten teilt dem D. U. mit: Nachdem der Ausschluß der höheren Beamten aus dem Deutschen Beamtenbund vom Beamtenrat am 26. Mai in Berlin tatsächlich vollzogen worden ist, hat der Gesamtvorstand des Bundes höherer Beamten beschlossen, von jetzt ab die Interessen seiner Mitglieder unabhängig vom Deutschen Beamtenbund zu vertreten.

200 Millionen Goldmark für den Wiederaufbau Mitteleuropas.
Paris, 4. Juni. Nach einer Reuters-Meldung ist der Betrag des englischen Kredits für den wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas und der baltischen Staaten vorläufig auf 10 Millionen Pfund Sterling festgesetzt worden.

England gegen Irland.
London, 4. Juni. Zwei Schlachtschiffe sind gestern abend von Devonport nach Queenstown (Irland) mit einer Abteilung kriegsmäßig ausgerüsteter Marinesoldaten abgegangen.

Gesamtarbeiterstreik in England?
London, 4. Juni. (Reuters.) Bei der Abstimmung der Gesamtarbeiter des ganzen Landes stimmten 96 Proz. für den Streik. Es handelt sich u. a. um Lohnforderungen.

Beschwerde über die Aufenthaltbeschränkung in süddeutschen Sommerfrischen.
Berlin, 4. Juni. Nach der „D. Allg. Ztg.“ hat sich die preussische Regierung mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt, um über die Abstellung der Mißstände zu beraten, die sich aus den Aufenthaltbeschränkungen der Norddeutschen in den süddeutschen Sommerfrischen ergeben.

Berlin, 4. Juni. Das Reichsarbeitsministerium wird der Schuhindustrie in Pirmasens, die zum Teil stillgelegt ist, Mittel zur Wiederaufnahme der Betriebe zuwenden, mit der Maßgabe, daß Schuhe zu einem Preis hergestellt werden, der auch für Winderdemittel erträglich ist.

Gruppierpflicht für die uniformierten Deutschen.
Frankfurt a. M., 4. Juni. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Koblenz meldet, hat die Rheinlandsmission der Verbündeten neuerdings angeordnet, daß alle deutschen Militärpersonen, Polizei, Feuerwehr und Korpsbeamte in Uniform die Fahne der verbündeten Mächte grüßen müssen. Die deutschen Offiziere müssen die Offiziere der verbündeten Mächte gleichen und höheren Ranges grüßen. Alle anderen Deutschen in Uniform müssen alle Entenoffiziere grüßen. Wohlverstanden, diese Grüppierpflicht gilt für das ganze Deutsche Reich, nicht etwa für das besetzte Gebiet! Ein gewisser Landvogt Geßler hat auch einmal — es war im Jahr 1307 —, nach Schillers Erzählung, einen Hut ausgerichtet, den das im Krieg bezwungene Schweizervolk zum Zeichen der Demütigung grüßen mußte. Daran darf jetzt wohl erinnert werden.

Reiseverkehr nach Amerika.
Newyork, 4. Juni. (Reuters.) Die Vereinigte Postdampfschiff-Gesellschaft beginnt im Juli mit 15 vormals deutschen Dampfern einen Reisedienst zwischen den amerikanischen und den europäischen Häfen.

Brottkawal in Aisch.
Prag, 4. Juni. In Aisch ist die Bevölkerung ohne Brot- und Wehlzuweigung, jedoch es anlässlich des letzten Jahrmartens zu Klünderungen gekommen ist. Gendarmen und Militär schritt mit der blanken Waffe ein. Die Lager im Aischer Industriebezirk ist ernst.

Selingsfors, 4. Juni. General Brussilow soll von der Sowjetregierung verhaftet worden sein.

London, 4. Juni. Ein Regierungsdampfer mit Truppen hat in der Bantyr-Bucht (Irland) 1000 Mann gelandet. Weitere Abteilungen werden an verschiedenen Punkten ausgeschifft.

Washington, 4. Juni. (Reuters.) Das Staatsamt hat es abgelehnt, dem Studienausflug der Handelskammer der Vereinigten Staaten Pässe nach Rußland auszustellen.

Aus Stadt und Land.

Altensteck, 5. Juni 1920.

Auf zur Wahl!

Die ganze Welt sieht am 6. Juni auf Deutschland. Wie wird es aussehen? Wenn die Wahlbeteiligung flau ist, wird man es überall als ein Zeichen ansehen, daß dem deutschen Volk der Wille, sich wieder emporzuraffen, der Lebenstrieb erschwunden sei, daß es an den Zusammenbruch glaube. Nun aber die Wähler ihre Pflicht, so wird man daraus erkennen, daß wir an unserer Zukunft nicht verzweifeln und daß wir entschlossen sind, unsere Geschicke in der Hand zu behalten. Darum komme jeder am 6. Juni zur Wahlurne. Gleichgültiges oder verzweifeltes Fernbleiben wäre eine Verhöhnung an der Zukunft unseres Volkes.

Keine Ernteflächenhebung. Durch Verfügung des Ernährungsministers sind die Oberämter gestern telegraphisch angewiesen worden, die Aufnahme der Ernteflächen durch Geometer sofort abzubestellen.

Die Fernspreckündigungen. Man schreibt uns: Die Postverwaltung hat mit jedem einzelnen Fernsprecknehmer einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Kündigung eine vierteljährliche sein muß. In dem Vertrag hat die Postverwaltung für sich keine kürzere Frist vorbehalten, auch nicht, daß das Vertragsverhältnis sofort zu lösen sei, wenn die Teilnehmer etwaige Gebührenerhöhungen nicht annehmen. Die Post ist daher rechtlich verpflichtet, Teilnehmern gegenüber, die die neue Gebührenerhöhung nicht annehmen wollen, die dreimonatliche Kündigungsfrist einzuhalten. Es ist nicht zulässig, die Teilnehmer zu zwingen, bis am 15. Juni den Anschluß zu kündigen, wenn sie die höheren Gebühren ab 1. Juli nicht bezahlen wollen. Auch muß es den Teilnehmern gestattet sein, bei Gebührenerhöhungen sofort zur niedrigeren Gebührenerhöhung, die sich aus der Grund- und Sprechgebühr zusammensetzt, überzugehen. Man nimmt an, daß etwa ein Drittel aller Anschlüsse gekündigt werden wird. Dadurch wird nicht nur der Wert des Anschlusses für die noch verbleibenden Teilnehmer stark vermindert, sondern es werden der Postverwaltung durch das Abnehmen der großen Masse von Drähten und Apparaten bedeutende Kosten erwachsen, abgesehen davon, daß von dem Material ein großer Teil nicht mehr verwendbar sein wird. Hausbesitzer, die bisher ihre Grundstücke der Postverwaltung für die Leitung unentgeltlich überließen, erwägen bereits, jetzt eine angemessene Gebühr zu verlangen.

Der Württ. Waldbesitzerverband hielt in der Pfingstwoche seinen ersten großen Fortbildungs- und Beratungskurs für Gemeinde- und Privatwaldbesitzer, leitende Beamte und Wirtschaftler ab. Die Leitung hatte der stellv. Verbandsvorsitzende, Univeritäts-Professor Dr. Wagner in Tübingen, selbst übernommen. Die Durchführung erfolgte nach neuartigen Gesichtspunkten, indem die zur Beratung stehenden Punkte zwischen den Vertretern von Wissenschaft und Praxis in zwangloser Aussprache zur Behandlung kamen. Der Tagung lagen folgende Hauptgegenstände zugrunde: Die heutigen materiellen Anforderungen an die Forstwirtschaft und ihre Wirkungen auf die Forsteinrichtung (Frage der Nachhaltigkeit: wie und wo sollen die gesteigerten Forderungen erhoben werden?). Die Durchforstung und die heutigen Anforderungen an den Wald: Feuerschutz und Samenschlagwirtschaft; Waldbodenpflege. Die neuesten Erfahrungen über Sturmgefahr und Sturmschaden. Der Holzverkauf unter den heutigen Verhältnissen und Frage der Kuppelholzerarbeitung durch den Waldbesitzer. Waldarbeiterfrage und Lohnarbeit. Die Zukunft des Gemeinde- und Privatwaldes. Im Hörsaal der forstl. Lehranstalt und in Waldbegängen wurden diese überaus zeitgemäßen Fragen eingehend behandelt. Hinsichtlich Zukunft des Gemeinde- und Privatwaldes kam einstimmig die Anschauung zum Ausdruck, daß das derzeitige Verhältnis der Waldbesitzer in Württemberg ein durchaus gesundes und vorzuziehendes ist. Nur durch Erhaltung der bestehenden Dreiteilung der Staats-, Gemeinde- und Privatwaldfläche kann durch gegenseitige Anregung und Befruchtung die württ. Forstwirtschaft der von der Allgemeinheit zu fordernden Vollkommenheit entgegengeführt werden.

Versammlungsförderungen. In Ulm und Tübingen wurden Wahlversammlungen der Bürgerpartei durch Kadlitz geleitet. In Tübingen kam es dabei zu einer Schlägerei zwischen Studenten und Arbeitern.

Herabsetzung der Eisenpreise. Während für Kohlen bisher nur eine verhältnismäßig geringe Preisermäßigung (185 Mk. pro Tonne für Hämatit und lappetarmes Stahlisen) erreicht werden konnte, sind für Holzzeug und die verschiedenen Holzprodukte Herabsetzungen erfolgt, die sich je nach Qualität zwischen 215 und 760 Mk. pro Tonne bewegen. Damit ist aber noch nicht einmal eine Zurückführung der Preise auf den Stand vor der letzten, Ende April beschlossenen Preis-erhöhung möglich geworden. Damals stieg Stabeisen von 2800 auf 3650 Mk. Jetzt ist es auf 3320 Mk. angefallen. In Süddeutschland wirken noch immer die Saarpreise maßgebend auf die Preisbildung ein.

Verkehrsjahre. Wegen der Wiederherstellungsarbeiten an der Remsbrücke zwischen Schorndorf und Haubersbrunn wird der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Schorndorf-Weilheim vom 5. Juni abends bis 7. Juni früh 5 Uhr in der Weise unterbrochen, daß die Strecke Schorndorf-Haubersbrunn (4 Kilometer) und umgekehrt von den Reisenden zu Fuß zurückgelegt werden muß. Die Anschlüsse werden so verlegt, daß die Reisenden die leichtesten Wege nehmen können.

Keine landw. Wanderausstellung. In einer Besprechung der Vertreter der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister wurde vereinbart, daß die Wanderausstellung, die heuer in Nürnberg stattfinden sollte, mit Rücksicht auf den Seuchenzustand in diesem Jahr ausfallen wird. Die Verhandlungen sollen im Frühjahr wieder aufgenommen werden.

Lotteriegewinn. In der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel die Prämie von 300 000 Mark auf die Nummer 79 235. (Ohne Gewähr.)

Der Stand der Reben. Der „Reinbau“ schreibt: Die Entwicklung des Rebstocks war im Mai gegen normale Jahre um 3 Wochen voraus. Nun drängen sich eine Fülle von Arbeiten zusammen, denn schon am 16. Mai haben die beiden Pilzkrankheiten Peronospora und Oidium ihre Bisitenkarte abgegeben, und auch der Heurain wird, dem frühzeitig eingeleiteten Nottentflug nach zu urteilen, auf dem Plan erscheinen und Bekämpfungsmassnahmen nötig machen. Nicht eindringlich genug kann man den Weingärtnern anempfehlen, bei der Ausführung der Bekämpfungsmassnahmen mit peinlichster Pünktlichkeit und Gründlichkeit vorzugehen. In den ertragsfähigen Weinbergen begegnet man bei allen Sorten ohne Unterschied einem reichen und vollkommenen Anflug von Geheinen. In ganz frühen Tagen dürften Ende Mai stehende Geheime keine Seltenheit sein. Die Aussichten sind bis jetzt gut und vielversprechend.

Der Anstifterbund für Strafverfolgung. Der Anstifterbund der deutschen Landesbürgerverbände hat sich mit der Bitte an das Reichsjustizamt gewandt, die Straforgane darauf hinzuweisen, daß jene Deutsche, die sich in Kriegsgefangenschaft gegenüber ihren eigenen Landsleuten Verbrechen oder Vergehen zuschulden kommen lassen, mit der vollen Schärfe des Gesetzes verfolgt werden sollen. Für diese Strafverfolgung sammelt die „Kriegerzeitung“ in Berlin W 50, Geisbergstraße 2, Befehlsmaterial.

Sozialisierung der Familie will das soeben veröffentlichte Schulprogramm der linadh. Sozialdemokratischen Partei. Danach beginnen die staatlichen Erziehungsmaßnahmen schon mit dem werdenden Kind in Schwangerenheimen, die „als Ergänzung der Familie“ nach Bedarf einzurichten sind. In den beiden ersten Lebensjahren scheinen die Kinder noch bei der Mutter bleiben zu dürfen. Aber dann treten staatliche Kinderheime und Kindergärten an die Stelle des Elternhauses, deren Benützung zunächst nur empfohlen, vom vollendeten 4. Lebensjahr an aber zwangsmäßig gemacht wird. So werden die Kinder in einer Zeit, wo die Eltern sich an ihrem beginnenden Eigenleben freuen könnten, diesen entzogen und das ganze Familienleben unheilbar zerrissen. Mit dem Eintritt in die Schule vervollständigen dann Zwangsschulpflicht, Arbeits- und Aufenthaltsträume für die Freizeit die Entfremdung der Kinder vom häuslichen Familienleben. Ferner ist in den Erziehungslagern der Zukunft die „Einführung des Gemeinheitsunterrichts für die Geschlechter, beginnend mit den untersten Klassen“, sowie „Erfolg der autoritären Disziplin durch geeignete Selbstverwaltungsmaßnahmen“ vorgesehen. Das Religions- und Geringfügigkeitsunterricht jeder Art in der Zulassungsphase abgewafft ist, ist selbstverständlich.

Walzgrafenweiler, 4. Juni. (Finanzminister Bieschig.) Am Mittwoch und Donnerstag sprach in Dornstetten und hier vor glänzend besetzten Versammlungen Finanzminister Bieschig. In beiden Versammlungen wurde es dankbar empfunden und rühmend anerkannt, daß der vielbeschäftigte Staatsminister der Finanzen Zeit gewonnen hat, in unserem Bezirk vor den Wählern zu sprechen und über wichtige Fragen des staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens als Angehöriger der Regierung willkommene Aufschlüsse zu geben. Seine Ausführungen wurden an beiden Orten mit großem Beifall aufgenommen. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich in beiden Versammlungen eine angeregte Aussprache. Den Vorsitz in Dornstetten hatte Hauptlehrer Röder, in Walzgrafenweiler Gemeindepfleger Scholz übernommen.

Ragold, 4. Juni. (Vom Rathaus.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde der Nachfolger des verstorbenen Gemeinderats Stefan Schöble, Herr Spinnereibesitzer Reutlinger neu eingeführt.

Reutlingen, 4. Juni. (Besitzwechsel.) Das Gasthaus zum Löwen hier wurde vom bisherigen Besitzer Chr. Dieb an die Firma Vereinigte Strickwarenfabriken Schölder und Schausler in Reutlingen samt Inventar um 320 000 Mark verkauft. Die Übergabe erfolgt am 1. Juli.

Preudenstadt, 4. Juni. (Die Zwangswirtschaft.) Die Amtsversammlung beschloß einstimmig eine Entschliessung an die Regierung, daß sie bei der Reichsregierung auf eine alsbaldige Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Ausnahme von Getreide und Milch hinarbeite.

Kalen, 4. Juni. (Besitzwechsel.) Der bekannte Gasthof zum Schützen ging samt Mobiliar um den Preis von 164 000 Mark in den Besitz der Vereinigten Gewerkschaften über. — Die Firma Gebr. Spiegel hat die Herrenmühle um 165 000 Mark käuflich erworben.

Stuttgart, 4. Juni. (Keine Ernteflächenhebung durch Geometer.) Durch Verfügung des Ernährungsministers sind die Oberämter telegraphisch angewiesen worden, die Aufnahme der Ernteflächen durch Geometer sofort abzubestellen.

Reutlingen, 4. Juni. (Besitzwechsel.) Das Gasthaus zum „Löwen“ hier wurde an die Firma Vereinigte Strickwarenfabriken Schölder und Schausler in Reutlingen um 320 000 Mk. verkauft.

Ebingen, 4. Juni. (Wirtenerbandstag.) Am 15. und 16. Juni findet der Verbandstag der Wirtenerbande hier statt.

Stuttgart, 4. Juni. (Besitzwechsel.) Das Hotel Rauch in der Sophienstraße ist, wie man im Gemeinderat mitteilte, um 700 000 Mk. ohne Einrichtung an die Firma Schmohl und Stählin übergegangen. Die Stadt war Liebhaberin des Anwesens und hatte 900 000 Mk. samt Inventar geboten. Der neue Käufer verlangt von der Stadtverwaltung ein Aufgeld von 200 000 Mk., die Stadt. Bauabteilung habe jedoch nur 50 000 Mk. geboten.

Leonberg, 4. Juni. (Schwerer Unglücksfall.) Am Donnerstag verfiel an der Straße nach Rutesheim die Führung eines mit 8 Personen besetzten Kraftwagens. Der Wagen geriet in den Straßengraben und wurde zertrümmert. Der Besitzer, ein Herr Seitz aus Stuttgart, war sofort tot, ein Herr Kindler aus Stuttgart wurde schwer verletzt, die übrigen Insassen erlitten leichte Verletzungen.

Stuttgart, 4. Juni. (Stillelegung.) Die bekannte Schumannsche Brauerei stellt den Betrieb ein. In einem Teil des großen Anwesens werden Kellereierbauten eingebaut.

Bermischtes.

Eine Schandlosigkeit. Französische Touristen haben am Pfingstfest auf dem Hartmannsweller Kopf, dem bekannten Berg, um den im Weltkrieg gerungen und auf dem viel Blut geflossen ist, einen Ball veranstaltet, bei dem die anrührendsten nationalen Tänze aufgeführt wurden. Der französische General Labanis, der selbst mit seinen Jägern am Hartmannsweller Kopf gekämpft hatte und jetzt die 27. Infanteriebrigade in Mühlhausen befehligt, hat öffentlich seinen Abscheu über die Schandlosigkeit ausgesprochen. Die Entstellung ist in der schärfsten Bevölkerung allgemein.

Durch die Explosion einer Blindgänger-Granate auf dem früheren Schlachtfeld von Ypern (Flandern) wurden 6 Personen getötet.

Waldbrände. Infolge andauernder Trockenheit sind in Ost- und Kanada schwere Waldbrände ausgebrochen, die in New-Branschwicg und Neuschottland großen Schaden angerichtet haben.

Sendenbekämpfung in Mexiko. Die Staatsbehörden Mexikos haben beschlossen, ein Drittel der Häuser von Veracruz zu verbrennen, um die dort ausgebrochene Pest zu bekämpfen.

Wohin sind wir geraten?

Noch nicht genug des Elends? Auch noch Kreditverlust und völli'ger Untergang?

Nein!

Nur 2 bis 3 Zeilen

Bürgerlich wählen!

Letzte Nachrichten.

WTB. Berlin, 4. Juni. Vor einigen Tagen ist durch die Zeitungen eine Nachricht gegangen, wonach der in einer Anilinfabrik in Ludwigshafen am Rhein beschäftigte Ingenieur Imhoff wegen Diebstahls von Haushaltsartikeln in Frankreich zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sei. Bei einer Hausdurchsicht seien solche Gegenstände gefunden und beschlagnahmt worden.

Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß der in französischer Hand befindliche Ingenieur Imhoff überhaupt nicht verurteilt worden ist und daß bei den bei ihm vorgenommenen Hausdurchsichten nichts Verlorenes, namentlich keinerlei entwendete Haushaltsgegenstände, vorgefunden worden sind.

WTB. Berlin, 5. Juni. Das endgültige Gesamtergebnis der Wahlen ist vor Mittwoch morgen nicht zu erwarten.

WTB. Amsterdam, 4. Juni. Laut „Allgemein Handelsblatt“, hat gestern Abend die Abordnung des Eisenbahnerbundes Lloyd George den Standpunkt der Arbeiter gegenüber der Beförderung von Munition nach Irland dargelegt.

WTB. Washington, 4. Juni. (Havas.) Staatssekretär Bull hat seine Demission eingereicht, die von Wilson angenommen wurde.

WTB. London, 4. Juni. (Nester.) In offiziellen Kreisen glaubt man nicht an die Nachricht, daß die Bolschewiken in Tcheran einmarschiert sind, da noch keine Legation in London eintraf. Ein vom 3. Juni datiertes Telegramm erwähnt übrigens ein Vorrück der Bolschewiken gegen diese Stadt mit keinem Wort.

WTB. München, 4. Juni. Laut „Bayerischer Kurier“ hat die dienstliche Auffklärung über das Verhalten der Reichswehr-offiziere während der Märzvorgänge beim Reichswehr-Reisekommando VII in keinem einzigen Fall ein verfassungswidriges Verhalten von Reichswehr-offizieren festgestellt. Insbesondere ist erwiesen, daß von den in sog. „Dokumenten der Konterrevolution“ genannten bayerischen Reichswehr-offiziere keiner an dem Kapp'schen Unternehmen beteiligt gewesen ist.

WTB. Paris, 4. Juni. (Havas.) Der ungarische Friedensvertrag wurde heute Freitag Nachmittag in Versailles unterzeichnet.

WTB. Budapest, 4. Juni. Die Sitzung des Nationalversammlung wurde nach einer Ansprache des Präsidenten über den Friedensvertrag zum Zeichen der Trauer geschlossen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.
Druck und Verlag der W. Necker'schen Buchdruckerei, Altensteck.

Unsere Zeitung bestellen!



Ämtliche Bekanntmachungen.

Nachdem sich der Metzger Jakob Gänke aus Waldorf wiederholt gegen die Bestimmungen der Fleischverordnungsstelle verfehlt und sich hiedurch in der Befolgung der Pflichten, die ihm durch die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 26. September 1916 § 21-31 auferlegt sind, als unzuverlässig erwiesen hat, ist dessen Metzgereibetrieb mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres geschlossen worden.

Magold, den 4. Juni 1920. Oberamt: Münz.

Pferderäude.

Die Pferderäude in Haiterbach und Beihingen ist erloschen.

Magold, den 4. Juni 1920. Oberamt: Münz.

Bekanntmachung

des Landesfinanzamts, Abt. für direkte Steuern, betreffend die vorläufige Erhebung der Reichseinkommensteuer im Rechnungsjahr 1920.

1. Wegen der vorläufigen Erhebung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 nach Maßgabe des § 58 Abs. 2 u. 7 des Reichseinkommensteuergesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 31. März 1920 (R.G.B. S. 428) wird zufolge Anordnung des Reichsministers der Finanzen nachstehendes bekannt gegeben:

1. Bei Steuerpflichtigen, für welche sich die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer nach § 58 Abs. 2 Entw. Str. Ges. höher als die seitherige Staats- und Gemeindeeinkommensteuer berechnet, wird die Steuer auf Grund der letztjährigen Landesveranlagung, jedoch nach den Tarifätzen des neuen Gesetzes bemessen. Hierüber wird ihnen ein vorläufiger Steuerbescheid zugestellt.

2. Alle übrigen Steuerpflichtigen haben die im Vorjahr entrichtete Staats- und Gemeindeeinkommensteuer vorläufig weiter zu entrichten. Sie erhalten ein entsprechendes Anforderungsschreiben.

3. Steuerpflichtige, bei denen auf Grund des § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes die Steuerentrichtung demnächst, voraussichtlich mit Wirkung vom 25. Juni 1920 ab in der Form des 10%igen Abzugs vom Lohn erfolgt (Arbeiter, Angestellte, Festbesoldete), erhalten eine Steueranforderung, sei es durch vorläufigen Steuerbescheid, sei es durch einfaches Anforderungsschreiben nur dann, wenn ihre Steuerpflichtigkeit für das Jahr 1920 voraussichtlich höher ist, als der 10%ige Gehalts- oder Lohnabzug. Wer in solchen Fällen eine Steueranforderung erhält, hat das Recht, auf die vorläufigen Zahlungen die Anrechnung der inzwischen von seinem Lohn oder Gehalt einbehaltenen Abzüge zu verlangen.

4. Die nach Vorstehendem im Rechnungsjahr 1920 vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer ist in vier gleichen Raten auf 1. Juli, 1. September, 1. November 1920 und 1. Februar 1921 fällig und spätestens bis zum 15. des betreffenden Monats zu entrichten.

5. Gegen den vorläufigen Steuerbescheid und gegen das einfache Anforderungsschreiben ist das Beschwerdeverfahren gegeben. Durch Einlegung der Beschwerde wird aber die Wirksamkeit der vorläufigen Steueranforderung nicht gehemmt, insbesondere die Erhebung der geforderten Steuer nicht aufgehalten.

II. Die endgültige Veranlagung und Erhebung der neuen Reichseinkommensteuer erfolgt erstmalig nach dem Ablauf des Kalenderjahrs 1920 auf Grund des Einkommens, das der Steuerpflichtige in diesem Kalenderjahr bezogen hat.

Altensteig, 4. Juni 1920. Finanzamt.
R.-B. Dr. Fil.

Christine Rothfuss

Karl Klumpp

Verlobte

Besenfeld Juni 1920.

Georg Lang

Rikele Lang
geb. Weik

Vermählte

Stockach OA. Reutlingen 5. Juni 1920
Berneck

Forkamt Simmersfeld.

Reifig-Verkauf.

Am Dienstag, den 8. Juni 1920, nachm. 6 Uhr werden im „Anker“ in Simmersfeld Gut Sompelsteiner, teilweise Erzthal, 3200 Radelholzweilen in 36 Flächenloseln verkauft.

Krieger-Berein

Der Verein beteiligt sich an der Vorbereitung des Kameraden

Steiner

Sammlung 1/2 Uhr im Lokal. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
Vorstand: Armbruster.

Wir machen unsere Leser auf das unserer heutigen Nummer beiliegende Flugblatt aufmerksam.

Verkaufe komplettes, gut erhaltenes

Fahrrad

Spottpreis 320 M.

Jakob Wolfer
Pfalzgrafenweiler.

Kirchl. Nachrichten.

1. Sonntag u. Dr., 6. Juni. Co. Gottesdienst in der Kirche 1/10 Uhr. Lieder 432, 443. Darauf Kinder gottesdienst. 1/2 Uhr Christenlehre, Lächter. Donnerstag 1/9 Uhr Bibelstunde im Jugendheim.

Evangelisch-Jugendheim. Sonntag abend 8 Uhr Vers.

Methodistengemeinde.

Sonntag den 6. Juni Vorm. 1/10 Uhr Predigt, vorm. 1/11 Uhr Sonntagsschule, nachm. 2 Uhr Jungfrauenklasse, abends 8 Uhr Predigt

Mittwoch den 9. Juni abds. 8 1/2 Uhr Gebetsversammlung.

Altensteig.

Sahrnis-Verkauf.



Am Mittwoch, den 9. Juni, Nachmittags 1 1/2 Uhr werden in der Wohnung des Unterzeichneten folgende Gegenstände öffentlich versteigert gegen Barzahlung:

4 St. Ueberzieher, 1 Havelock, verschiedene Mannskleider, mehrere Bettüberzüge, 1 und 1 1/2 schläfrig, Haipfel, Kissen und Handtücher, baumwollene Socken, letzteres neu.

1 tannene Bettlade mit gut erhaltenem Kofsch, steilige Matratze, Kissen und Haipfel, 1 eichener Kleiderkasten, 1 thürig, 1 großer neuer Keffekorb und 1 Handkoffer, 1 Sitzbadewanne.

Chz. Burghard fr.

Meiner geehrten Kundschaft zur Kenntnis, das ich von jetzt an wieder Bestellungen auf nur guterhaltene



annehme. M. Hauser, Rüfer, Simmersfeld.

Ein Mahnwort in letzter Stunde!

Wähler! Wählerinnen!

Noch nie seid Ihr schlimmer angelogen und beschwindelt worden wie in diesem Wahlkampf.

Die Württembergische Bürgerpartei, eine Filiale der kapitalistischen preussischen Junkerpartei, überschüttet Euch mit den dicksten Lügen. Sie behauptet, die große Schuldenlast hätten wir der Koalitionsregierung zu verdanken. Nie ist die Reaktion frecher und dreister gewesen. Gerade die Bürgerpartei ist die Hauptschuldige an unserem nationalen Unglück, ihr haben wir unser ganzes Elend zu verdanken. In verbrecherischer Weise wurde von ihr Kriegshege getrieben und das Volk in den Krieg hineingehegt. Nicht genug, sie will uns in noch größeres Unglück stürzen, sie treibt das Volk bewußt dem Bürgerkrieg entgegen. Zerstört damit den letzten Rest unserer Wirtschaftskraft, vermehrt damit unsere ungeheure Schuldenlast und bringt dazu noch den Feind ins Land.

Mädchen und Frauen, wenn ihr den Bruderkrieg nicht wollt, dann wählet die Mehrheitsparteien

Sozialdemokraten und Demokraten!

Keine Stimme der Bürgerpartei.

Dieser habt Ihr es zu verdanken, daß Eure Brüder, Männer und Söhne Euch genommen worden sind. Könnt Ihr dieses vergessen?

Landleute, wollt Ihr wirklich freie Bauern werden, dann wählet

Sozialdemokratisch und Demokratisch!

Ihr Arbeiter, Handwerker, Kaufleute und Beamten, wenn Ihr mithelfen wollt, Arbeit, Brot und geordnete Zustände zu schaffen und unser Wirtschaftsleben wieder aufzubauen, dann wählet

Sozialdemokratisch und Demokratisch

Keine Stimme darf fehlen.

Ein Handwerker.

Wahlaufruf der Württ. Bürgerpartei.

Deutsche Männer.

Deutsche Frauen.

Im Juli 1917 haben sich Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum zu einem Block zusammengeschlossen. Seit dieser Zeit regieren diese drei Parteien tatsächlich das Deutsche Reich. Seit Oktober 1917 stellen sie die Reichskanzler und ihre Stellvertreter, die Novemberrevolution von 1918 wirft ihnen die volle Verfügung über die Regierungsgewalt in den Schoß. Durch unsinnige Versprechungen haben sie damals einen großen Teil des Volkes auf ihre Seite gebracht, und den Einfluß der Rechtsparteien, die schon vorher in der Minderheit gewesen sind, vollkommen ausgeschaltet. Die Regierungsparteien tragen also die volle und alleinige Verantwortung für die deutsche Politik.

Haben diese Parteien gegenüber dem deutschen Volke auch nur eine ihrer Versprechungen erfüllen können? Haben wir:

- Einem Frieden des Rechts und der Versöhnung?
- Den Fortschritt der Menschlichkeit und Gerechtigkeit?
- Ordnung, Freiheit, Brot?
- Einen bisher nie gekannten Zustand der Freiheit und Wohlfahrt des gesamten Volkes?

Das gerade Gegenteil von alledem ist eingetreten! Folgendes sind die Ergebnisse der Regierung dieser drei Parteien:

1. Die Ermüdung der deutschen Front durch revolutionäre Umtriebe und Erweckung falscher Vorstellungen von einem Wilson-Frieden der Gerechtigkeit und Versöhnung.
2. Die Revolution vom 9. Nov. 1918; in ihrem Besolge fast unaufrührliche, blutige Bürgerkämpfe.
3. Erbärmliche Selbstbezüglichungen der deutschen Regierung — die schmählichen Verhandlungen vor dem Berliner Untersuchungsausschuß — die würdelose Preisgabe unserer Farben schwarz-weiß-rot.
4. Der Schandfriede von Versailles.
5. Die Verwüstung der deutschen Arbeitskraft durch Verhöhnung der Arbeiter und gewissenlose Streiks. Die Verminderung der deutschen Arbeitsleistung durch den unterschiedslosen Achtstundentag.
6. Daher Nahrungsmangel — Kohlennot — Verkehrsnot — Hungersnot.
7. Unverantwortliche Verschleuderung öffentlichen Gutes. Eine leichtfertige Notenspressenwirtschaft. Ungeheuerliche Verschuldung des Reichs: 197 Milliarden Reichsschulden, 18 Milliarden Jahresdefizit der Verkehrsanstalten.
8. Gewaltige Vermehrung des Beamtenheeres; Einstellung von Parteimännern an Stelle von geschulten Beamten. Korruption auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.
9. Allmacht eines Mannes wie Erzberger, der durch den Hefferich-Prozess aufs schwerste bloßgestellt, vom Reichskanzler Bauer gegen das Urteil eines deutschen Gerichts in Schutz genommen wird.
10. Zunehmende Unsicherheit von Leib, Leben und Eigentum — Verwahrlosung der Jugend.
11. Eine unerträgliche Vorherrschaft des Judentums in Verwaltung und Wirtschaft.
12. Ueberhandnehmen des Schieberturns, des Wuchers und der Spekulationslust.
13. Austausch Deutschlands durch Schiedungen ins Ausland; Luxusimport von Perlen u. dergl. im Werte von Milliarden.
14. Sinnlose Verschwendungssucht der Schieberkreise neben höchster Notlage des Mittelstandes, der Beamten und geistigen Arbeiter.
15. Als Folge der Mißwirtschaft der Regierung, ihrer Unfähigkeit und ihrer Verfassungsverletzungen (Hinausschleppung der Wahl des Reichspräsidenten und des Reichstags) der Rapp-Putsch in Berlin.
16. Die verbrecherische Generalstreikproklamation der Regierung und der Deutschen demokratischen Partei, das Signal zu schweren Unruhen im Ruhrgebiet.
17. Der Einmarsch der Franzosen in Deutschland. Die Preisgabe der Einwohnerwehren.

Solch ungeheuerliche Zustände sind nur möglich bei einem Regierungssystem, bei dem nicht das Wohl des Volkes, sondern das Interesse der Partei maßgebend ist.

Anstatt nun dem betrogenen deutschen Volke die Wahrheit zu bekennen und zu gestehen:

Wir haben uns getreu, als wir dem Volke gesagt haben, der Krieg gelte dem alten System und dem Militarismus, denn er galt in Wahrheit dem ganzen deutschen Volke und seiner Wirtschaftskraft.

Wir haben uns getreu, als wir die große Bage der Völkerveröhnung und des Völkereides glaubten.

Wir haben uns getreu, als wir verkündeten: Sozialismus ist Arbeit.

Wir haben uns selbst getäuscht, als wir glaubten, wir könnten ein großes Volk regieren, denn wir sind, wie die Tatsachen schrecklich nachweisen, dazu vollständig unfähig.

Statt dessen ging man nur von dem einen Gedanken aus, sich selbst möglichst lange am Regiment zu erhalten. Mit allen Mitteln hat man die Wahlen hinausgezögert. Erst der Staatsstreich von Rapp und Lüttich hat die Regierung veranlaßt, dem Volk die acht Monate lang vorenthaltene Möglichkeit zu geben, sein Wahlrecht auszuüben.

Freilich hofft man jetzt, die lange gesuchte Wahlparole gefunden zu haben, mit der man die mächtig aufstrebenden Rechtsparteien niederzuhalten glaubt:

Kampf gegen die Reaktion von Rechts!

Aber dieses Schlagwort ist eine Bage. Die Rechtsparteien haben, wie die Regierung selbst zugegeben hat, mit dem Rapp Putsch nichts zu tun. Sie weisen den Gedanken einer gewaltigen Reaktion weit von sich, denn sie wollen ihre Ziele nur auf gesetzmäßigem Wege erreichen.

Dieses Schlagwort ist aber auch ein

Verbrechen am Deutschen Volke.

Denn längst ist der Bolschewismus zur Weltgefahr geworden.

Die russischen Bolschewisten erklären wörtlich:

„Die Revolution diktiert nicht mit ihren Feinden, sie zerschmettert sie. Ihr Ziel ist, die Bourgeoisie völlig zu erwürgen. Die Interessen der Revolution fordern die physische Vernichtung der Bourgeoisie. Man kann voraussetzen, daß in Deutschland der Klassenkampf außerordentlich erbittert sein wird. Nur durch einen Bürgerkrieg und die eiserne Diktatur der Arbeiter können wir zur kommunistischen Produktion gelangen. Die Zukunft wird eine jahrelange Periode revolutionärer Kriege zwischen den proletarischen und imperialistischen Staaten bilden.“

Innerer und äußerer Bolschewismus sind also miteinander verbunden. Was wir bei seinem Siege zu erwarten hätten, zeigte die Hinrichtung von Zehntausenden von Bürgern und anständigen Arbeitern in Rußland, das zeigen die Mordtaten in Budapest und München, das zeigen die blutigen Greuelthaten der vertierten Mörder im Ruhrgebiet. Wenn nicht alle gesundgebliebenen Kräfte des deutschen Volkes sich zur Abwehr zusammenschließen, so ist das deutsche Volk verloren. In dieser Erkenntnis der schrecklichen Gefahr setzen wir der demokratischen Wahlparole, die die Selbstzerfleischung bedeutet, den anderen Ruf entgegen:

Sammlung aller erhaltenden Kräfte des deutschen Volkes zur Abwehr des Bolschewismus und Bildung einer starken, tatkräftigen und sachverständigen Regierung, die das Volk zur Einheit zusammenschliesst und jede einseitige Parteipolitik ablehnt.

Im einzelnen bemerken wir:

Der nationale Gedanke, den wir als Grundlage jedes wirklichen Wiederaufbaus pflegen, fordert von den Parteien, daß sie die Sicherheit des Reichs über alle innerpolitischen Ziele stellen. Das werden wir tun. Wir erwarten aber von der Regierung eine feste, würdige Außenpolitik und energisches Auftreten gegenüber allen weiteren Anmachungen der Feinde. Der Schutz unserer Landkreise im Ausland und in den losgerissenen Gebieten muß ihre besondere Sorge sein.

Wir kämpfen an gegen alles, was das deutsche Volkstum zersetzt, von welcher Seite es auch kommen mag. Wir wollen die Gleichberechtigung aller Volksteile und bekämpfen deshalb die Vorherrschaft des Judentums, die wir mit der Ehre und dem Gedeihen des deutschen Volkes für nicht vereinbar halten. Alle Hege verurteilen wir. Die Massen-

einwanderung Volksfremder, insbesondere der Ostjuden, muß verhindert werden.

Um Deutschland zu regieren, sind die besten Fachmänner und Köpfe gerade gut genug. Minister, die ihr Amt nur der Parteigehörigkeit verdanken, lehnen wir ab. Jedem Versuch einer Klasse, offen oder verdeckt eine Diktatur der Minderheit aufzurichten, werden wir den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Wir verlangen eine unbedingt eheliche, sachgemäße und sparsame Verwaltung und Schutz des Richterstandes vor Beeinflussung und Verunglimpfung.

Wir wollen durch strengste Sparsamkeit in allen öffentlichen Ausgaben und eine gerechte Veranlagung der Steuern, die die Lebensnotwendigkeiten von Industrie, Handel und Mittelstand berücksichtigt, die Steuerlast entsprechend gestalten.

Um die Arbeitsleistung zu steigern, wollen wir den Arbeitstag nach den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbe festsetzen. Für das Handwerk muß der Achtstundentag aufgehoben werden. Wir verlangen Abbau der Erwerbslosenunterstützung auf das unbedingt notwendige Maß.

Die Industrien und Betriebe müssen gegen Uebergriffe der Betriebsräte gesichert werden. Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft wollen wir gegen unbedachte Sozialisierungsmaßnahmen schützen.

Wir verlangen die freie Wirtschaft in Grenzen des Gemeinwohls. Auflösung der verjudeten Kriegsgesellschaften; rückständige Bekämpfung von Wucher und Schieberturn. Maßnahmen gegen Lurus und Prafferei.

Wir fordern ein Wirtschaftsparlament auf berufständischer Grundlage, das allein in stande ist, die wirtschaftlichen Fragen sachlich zu lösen.

Wir verlangen wirksamen Schutz von Leben und Eigentum durch eine ausreichende, streng organisierte, staatliche Leitung unterstehende Polizeitruppe und Beibehaltung der erprobten Einwohnerwehren.

Wir wollen ein in sozialem Geist ausgestaltetes, nach einheitlichem Plane ausgebautes Schulwesen. Wir wollen aber der Schule ihren christlichen Geist bewahren u. treten deshalb ein für Beibehaltung der Konfessionskunde.

Das religiöse Leben muß mit allen Mitteln geschützt werden. Wir verlangen daher Anerkennung der religiösen Gemeinschaften und strengste Gleichberechtigung der Bekenntnisse unter sorgfältiger Schonung ihrer Eigenart in Glaubenssitten, Kultus und Verfassung.

Wir verlangen den weiteren Ausbau der Mitarbeit der Frauen an der Lösung sozialer und kultureller Aufgaben.

Wir wollen eine sorgfältige Förderung der Volkswohlfahrt und Volksgesundheit, insbesondere durch zweckmäßige Abhilfe gegen die Wohnungsnot, durch Schaffung von Heimstätten und innere Kolonisation.

Wir beklagen die Notlage der geistigen Arbeiter und Arbeitervölker und der Beamenschaft, die infolge der Geldentwertung eingetreten ist und verlangen wirksame staatliche Maßregeln zur Hebung dieses Notstandes.

Für die Opfer des Krieges, für Witwen und Waisen bis an die Grenze des Möglichen zu sorgen ist uns vornehmste, nationale Pflicht.

Wir wollen nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterschaft regieren. Aber wir betonen mit Nachdruck, daß auf die Dauer auch nicht gegen die Bauernschaft regiert werden kann. Zwischen den beiden großen Berufsständen wollen wir die Brücke schlagen durch Erhaltung eines gesunden, lebenskräftigen Mittelstandes in Handel, Gewerbe und freien Berufen. — Gegenüber jeder parteipolitischen Verhöhnung aber wollen wir den alten Gedanken der Volks- und Arbeitsgemeinschaft zu Ehren bringen.

Wie sehr diese Grundsätze den innersten Empfindungen des Volkes entsprechen, zeigt der gewaltige Ruf nach rechts, der bereits eingetreten ist. Das Volk findet sich zurück

- Von der Internationale zum Vaterland
- Vom Materialismus zur Religion
- Vom Klassenkampf zum Arbeitsfrieden

Es regen sich schon die Kräfte, die uns die Wiedererhebung des Reiches bringen werden.

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Wenn ihr diese Kräfte stärken wollt, wenn ihr wollt, daß eine Politik der Vernunft und der Tatkraft getrieben wird, so geht euer Stimme der starken Partei der Ordnung.

Württembergische Bürgerpartei.